

Aus der ARGE Gebührenrecht im Bonner AnwaltVerein (aus Mitteilungsblatt 05/2011)

Die nächste Gelegenheit zum Austausch innerhalb der Arbeitsgemeinschaft unter der Leitung von Herrn Kollegen Schneider gibt es im Anschluss (ab 21.15 Uhr) an die von ihm durchgeführte Veranstaltung am **09. Mai 2012** (Aktuelle Rechtsprechung im RVG und typische Fehlerquellen) statt. Über ein zahlreiches Erscheinen der Kollegen – und auch der mit Kosten befassten Mitarbeiter – freuen wir uns. Aus organisatorischen Gründen freuen wir uns über eine kurze unverbindliche Anmeldung, wenn Sie an dem Treffen teilnehmen möchten unter fuehr@bonneranwaltverein.de.

Die Arbeitsgemeinschaft Gebührenrecht informiert Sie ferner über die nachstehende Entscheidung:

Abrechnung in Verkehrsunfallsachen bei Klage und Widerklage

Vertritt in einem Verkehrsunfallprozess der Anwalt hinsichtlich der Klage nur einen Auftraggeber (Kläger) hinsichtlich der Widerklage jedoch mehrere Auftraggeber (Kläger und Fahrer), so erhält er eine 1,3-Gebühr aus dem Wert der Klage und eine nach Nr. 1008 VV erhöhte 1,6-Verfahrensgebühr aus dem Wert der Widerklage. Insgesamt darf der Anwalt jedoch nicht mehr als eine 1,6 Gebühr aus dem Gesamtwert abrechnen.

LG Saarbrücken, Beschluss vom 16. 11. 2011 – 12 O 155710

In Verkehrsunfallsachen ergeben sich häufig die Konstellationen, dass der Anwalt hinsichtlich der Klage nur einen Auftraggeber vertritt, hinsichtlich der Widerklage aber mehrere Auftraggeber. Häufig wird hier eine sog. „Erhöhungsgebühr“ nach Nr. 1008 VV RVG abgerechnet. Der Anwalt rechnet also aus dem Gesamtwert von Klage und Widerklage (§ 45 Abs. 1 GKG) eine 1,3-Verfahrensgebühr ab und aus dem Wert der gemeinschaftlichen Beteiligung eine 0,3-„Erhöhungsgebühr“. Dabei wird übersehen, dass es keine Erhöhungsgebühr gibt. Nr. 1008 VV ist kein eigener Gebührentatbestand, sondern führt lediglich dazu, dass eine Geschäfts- oder Verfahrensgebühr im Gebührensatz angehoben wird. Es ist also aus dem Wert der einfachen Beteiligung eine einfache Verfahrensgebühr zu berechnen und aus dem Wert der mehrfachen Beteiligung eine entsprechend erhöhte Gebühr. Beide Gebühren sind anschließend gegebenenfalls nach § 15 Abs. 3 RVG zu kürzen. Das Gebührenaufkommen liegt bei dieser zutreffenden Abrechnung grundsätzlich höher, da durch die sog. Erhöhungsgebühr eine Degression eingebracht wird, die das Gesetz nicht vorsieht. Das Landgericht Saarbrücken bestätigt damit die Entscheidung des AG Augsburg (AGS 2008, 434 = DAR 2008, 673 = NJW-Spezial 2008, 636 = VRR 2008, 479). Gegenteilige Entscheidungen aus jüngerer Zeit sind nicht bekannt.

Anfechtung der Kostenentscheidung in Familienstreitsachen

Isolierte Kostenentscheidungen in Ehe- und Familienstreitsachen, die nach streitloser Hauptsacheerledigung erfolgen, sind mit der sofortigen Beschwerde nach §§ 567 ff. ZPO anfechtbar.

BGH, Beschluss vom 28. 9. 2011 – XII ZB 2/11

In der Rechtsprechung war bislang umstritten, wie isolierte Kostenentscheidungen in Ehe- und Familienstreitsachen anzufechten sind, also Kostenentscheidungen nach übereinstimmender Erledigung der Hauptsache, Klagerücknahme oder Anerkenntnis. Dass diese Entscheidungen selbstständig anfechtbar sind, war unstrittig. Ein Teil der Rechtsprechung war jedoch der Auffassung, die Beschwerde richte sich nach den §§ 58 ff. FamFG. Danach hätte sich die Beschwerdefrist auf einen Monat belaufen und der Wert des Beschwerdegegenstands hätte den Betrag von 600,00 € übersteigen müssen. Nach anderer Auffassung waren dagegen über § 113 Abs. 1 S. 2 FamFG die Vorschriften der §§ 567 ff. ZPO anzuwenden. Danach ergab sich eine Beschwerdefrist von zwei Wochen, allerdings musste der Wert des Beschwerdegegenstands nur 200,00 € betragen. Der BGH hat jetzt mit überzeugenden Argumenten die zweite Auffassung bestätigt. Die Verweisung in § 113 Abs. 1 S. 2 FamFG auf die Vorschriften der ZPO ist letztlich durchschlagend. In Ehe- und Familienstreitsachen richtet sich also die Anfechtung einer isolierten Kostenentscheidung nach den §§ 567 ff. ZPO. Nur in Familiensachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit bleibt es bei der Geltung der §§ 58 ff., FamFG wobei hier allerdings die Kostenentscheidung immer anfechtbar ist. Hier kann also auch eine Kostenentscheidung, die als Nebenentscheidung zur Hauptsache ergangen ist isoliert angefochten werden, was in Ehesachen und in Familienstreitsachen wegen § 99 Abs. 1 ZPO grundsätzlich nicht möglich ist.